

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

134. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. November 1999, 11:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Reinhard Sager (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003</b>	<b>4</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2342	
<b>b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000 (Haushaltsgesetz 2000)</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2320	
• Austausch der Fraktionsanträge	
<b>2. Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in der Anlage bezeichneten Liegenschaften zum Verkehrswert an die Investiti- onsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig- Holstein Girozentrale</b>	<b>6</b>
Antrag des Ministers für Finanzen und Energie Drucksache 14/2512	
<b>3. „Forderungsverkauf“ ‘Härtetfonds’ an die Investitionsbank Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
<b>4. Information/Kennntnisnahme</b>	<b>8</b>
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 11:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2342

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000  
(Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2320

• **Austausch der Fraktionsanträge**

Abg. Stritzl erklärt, die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass die abschließende Beratung des Haushaltsentwurfs 2000 nicht am Donnerstag, dem 2. Dezember 1999, erfolgen werde, und habe aus diesem Grunde zu der heutigen Sitzung noch keine Änderungsanträge vorgelegt. Er regt an, in einer auf den 9. Dezember 1999 anzuberaumenden Sitzung abschließend über den Haushaltsentwurf 2000 zu befinden.

Die Vorsitzende verweist zunächst auf § 51 GO, der bestimme, dass die Frist für die Beschlussempfehlung, die in die Tagesordnung der kommenden Plenartagung aufgenommen werden soll, lediglich „auf sechs Tage verkürzt werden“ dürfe, und erinnert weiter an die einvernehmliche Verabredung über den Zeitplan zur Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2000. Sollten die Beratungen auf Bundesebene im Vermittlungsausschuss die Notwendigkeit ergeben, das Beratungsergebnis nachzubessern, könne dies nach der bisherigen Zeitplanung ohne weiteres geschehen.

St Döring beantwortet eine Frage des Abg. Kubicki dahin, dass die Landesregierung den Finanzausschuss am Freitag, dem 17. Dezember 1999, über das Ergebnis der Beratungen im

Vermittlungsausschuss informieren könne, sodass einem Zusammentreten des Finanzausschusses am Nachmittag desselben Tages nichts im Wege stehe.

Über den Termin einer Sondersitzung des Landtages zur Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2000 werde - so antwortet Abg. Astrup auf eine Frage des Abg. Stritzl - der Ältestenrat heute Nachmittag entscheiden.

Abg. Astrup und Abg. Kubicki erklären sich damit einverstanden, auf die Teilnahme der politischen Spitze des Finanzministeriums in der Sitzung des Finanzausschusses am 2. Dezember 1999 wegen dringender terminlicher Verpflichtungen zu verzichten.

Abg. Kubicki nimmt Bezug auf §§ 15 und 17 des Haushaltsgesetzesentwurfs und bittet bis zur Sitzung am 17. Dezember um eine rechtliche Einschätzung der Landesregierung zur Entscheidung der Europäischen Kommission über staatliche Beihilfen für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute.

Die Fraktionen legen ihre Änderungsanträge vor:

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Umdruck 14/4109
F.D.P.	Umdruck 14/4108
SSW	Umdruck 14/4110

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in der Anlage bezeichneten Liegenschaften zum Verkehrswert an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale**

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie  
Drucksache 14/2512

(überwiesen am 18. November 1999)

Abg. Stritzl wiederholt, dass die CDU-Fraktion an ihrer des Öfteren vorgetragenen Kritik an der Liegenschaftsübertragung festhalte und deshalb den Antrag des Finanzministers ablehne.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, dem Landtag zu empfehlen, dem Antrag des Ministers für Finanzen und Energie auf Einwilligung in die Veräußerung von Liegenschaften an die Investitionsbank, Drucksache 14/2512, zuzustimmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**„Forderungsverkauf“ ‘Härtetonds’ an die Investitionsbank Schleswig-Holstein.**

Abg. Stritzl erklärt, dass seine Fraktion von der Vorlage nicht überzeugt sei und dass sie sich deshalb der Stimme enthalten werde.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU stimmt der Ausschuss der Vorlage zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 14/3966 - Veröffentlichung der Landesbeschaffungsordnung

Umdruck 14/4032 - Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

Umdruck 14/4035 - Förderung der Kur- und Erholungsmaßnahmen

Umdruck 14/4036 - Fragen der CDU-Fraktion zum HH 2000

Umdruck 14/4040 - Flexibilisierung des Haushaltsvollzuges

Umdruck 14/4043 - Kostensituation für die Jahre 1999 und 2000

Umdruck 14/4045 - Erstellung Verkehrswertgutachten MAGS

Umdruck 14/4050 - Nachfragen zur Nachschiebeliste

Umdruck 14/4057 - Änderungsvorschlag L zum HH 2000

Umdruck 14/4060 - Nachschiebeliste der Landesregierung (U. 14/4033)

Umdruck 14/4061 - Beantwortung von Fragen zum Epl 07

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Vorsitzende legt dem Finanzausschuss den Entwurf einer Vorlage zur Diskussion über die Prüfung der Stiftung „Schloß Glücksburg“ vor und betont, dass dieser Entwurf auf einer einvernehmlichen Entscheidung der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" basiere.

Abg. Kubicki merkt erstens an, dass die Entscheidung der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" schon deshalb nicht habe einvernehmlich sein können, weil er an der betreffenden Sitzung nicht teilgenommen habe, und stellt zweitens heraus, dass über die mögliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Stiftung „Schloß Glücksburg“ - Nummer 3 des Entwurfs der Vorsitzenden - nur in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert und entschieden werden dürfe.

Abg. Neugebauer kündigt zu dem angesprochenen Entwurf einen Änderungsantrag an, und St Döring führt aus, dass die Landesregierung zu Nummer 3 Beratungsbedarf habe.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer